
FDP Offenbach-Land

FREIEN DEMOKRATEN SIND VERÄRGERT, DASS AUF VEREINE KEINE RÜCKSICHT GENOMMEN WIRD.

21.10.2015

FLÜCHTLINGE LIEBER AUCH IM GEWERBEGEBIET UNTERBRINGEN ALS VEREINE AUS IHREN QUARTIEREN RAUSWERFEN!

Notunterkünfte sind wichtig und notwendigerweise rasch zu installieren. Dass hierfür die leerstehenden städtischen Gebäude an der Kita Martinstraße und der Krabbelstube Kunterbunt auf dem Hexenberg flott hergerichtet werden, ist absolut in Ordnung. Dass aber der Magistrat ohne Einbeziehung der Stadtverordneten eine Entscheidung trifft, eher das von Dietzenbacher Institutionen und Vereinen belegte Thüring-Haus in der Martinstraße und im Westend das Göpferthaus zu Notunterkünften herzurichten als dafür leerstehende und seit langem schon total ungenutzte Gebäude wie das Bürohaus in der Voltastraße 6 und das ebenfalls leerstehende auf dem Grundstück Kaya in der Alfred-Nobel-Straße zu nehmen, entbehrt jeder Logik und Vernunft.

Wo sollen denn die Vereine, die ja auch noch Geld bezahlen für die Nutzung der städtischen Liegenschaften, künftig unterkommen? Gerade in Zeiten, in denen viele Flüchtlinge auch nach Dietzenbach kommen, die hier dank der Initiative von an die zweihundert Helferinnen und Helfer bestens integrativ betreut werden, soll man die Finger weglassen von der Beschlagnahme von Räumen, die gebraucht werden von Clubs und Vereinen, von vielen Dietzenbacherinnen und Dietzenbacher, die dort oft ihre einzige gesellschaftlichen Bande haben. Zumal etliche von ihnen sich vorbildlich und ehrenamtlich auch engagieren bei den Gruppen, die sich um Integration und Sprachvermittlung der hier willkommenen Flüchtlinge kümmern.

Wir brauchen all diese Menschen, die neu Zuziehenden, denen hier eine neue Heimat entstehen soll und die mit dafür sorgen, dass freie Arbeitsplätze besetzt werden können. Und wir brauchen die in Vereinen engagierten Bürgerinnen und Bürger, von denen viele auch von Nachbargemeinden hierher kommen und nicht nur unsere Vereine mitgliedermäßig stärken, sondern auch hier in Dietzenbach als Kunden des Einzelhandels willkommen sind.

Wir Freie Demokraten sind absolut anderer Meinung zu der Prioritätenliste, die der Magistrat wie folgt formuliert und uns vorgelegt hat:

1. Unterbringung in Wohngebieten
2. Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünfte und nicht im
3. Gewerbegebiet
4. Unterbringung im Gewerbegebiet und Unterbringung im Industriegebiet

Bevor „entmieteter Wohnraum“ weiterhin leer steht, bevor Gebäude ungenutzt bleiben, sind diese als Notunterkünfte heranzuziehen und nicht mit Scheinargumenten an hinterste Stelle einer Rangliste zu setzen, die bestimmt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Reihenfolge Notunterkünfte bei uns realisiert werden sollen.

Und, wenn man schon eine Rangliste erstellt, sollte eine Forderung bei unserer Haushaltslage und mit Blick auf den Schutzschirm lauten:
Priorität hat immer der Blick auf die Kosten!

Für uns Freie Demokraten stellt sich grundsätzlich die Frage nach den Kosten. Und da ist es schon ein gewaltiger Unterschied, ob ich ein vorhandenes Gebäude wohnfähig mache wie das seit Jahren leerstehende Ernst-Reuter-Schulgebäude, das entmietete Wohnhaus

in der Alfred-Nobel-Straße und das Haus von Herrn Wörner in der Voltastraße 6 – um nur 3 Beispiele zu nennen – oder mit ständig steigenden Kosten neu baue. Genauso wie es nach wie vor kritisch zu bewerten ist, dass die Container-Anlage in Rathausnähe nach der Erstnutzung unnötig abgebaut wurde, gegen das Engagement von Dietmar Kolmer, der sie zu Recht erhalten wollte. Heute könnten wir sie gut gebrauchen. Zumal natürlich aufgrund der ständig steigenden Nachfrage alle Containerhersteller die Preise gravierend angehoben haben.

Artus W. Rosenbusch